

4. SEP. 1962
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/180

Bonn, den 4. September 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
2	<u>Ulbrichts neues Arbeitsbuch</u> Nach dem Muster des Dritten Reiches	69
3 - 4	<u>Deutschland braucht Freunde in der Welt</u> Stärke und Schwäche der deutschen Auslandswerbung Von Wolfigang Schwabe, MdB	78
5 - 6	<u>Aufgaben für unsere Hochschulen</u> Sorgen des schwarzen Erdteils - 173 Millionen Einwohner, aber nur 26.000 Studierende Von Dieter Bielenstein	64
7	<u>Ein Kampf ohne Atempause</u> Aus der Tätigkeit der Weltgesundheitsorganisation Von unserem Korrespondenten in Genf, Bruno Kuster	49

Chefredakteur Günter Markscheffel
(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Ulbrichts neues Arbeitsbuch

E.B. - Nachdem Ulbricht im September 1961 mit dem sogenannten "Gesetz der Arbeit" die uralte Forderung jeder Gewerkschaftsbewegung - die Freizügigkeit beim Wechsel des Arbeitsplatzes - abgeschafft hat, ist er in diesen Tagen auf dem Wege zur Beseitigung der "sozialen Errungenschaften" der Zone einen Schritt weiter gegangen. In einer Verordnung wurde angekündigt, dass an die Stelle des bisherigen Arbeitsbuches und des Versicherungsausweises ein neuer "Ausweis für Arbeit und Sozialversicherung" ausgegeben werden solle. Jugendliche, die ins Berufsleben eintreten oder Personen, deren bisheriger Ausweis verloren ging, erhalten ihn sofort; alle übrigen, sobald die Druckereien mit der Millionenauflage fertig geworden sind.

So harmlos die Ankündigung klingt, - der neue Ausweis wird sich schnell als ein wirksames Mittel zur lückenlosen Erfassung und Kommandierung der ganzen Zonenbevölkerung erweisen. Er soll nicht nur an alle Arbeitenden, sondern auch an Kinder, Hausfrauen und Rentner ausgegeben werden. Der Ausweis muss bis ins einzelne Angaben enthalten über die Ausbildung in Schule, Beruf, Hoch- oder Fachschule, Ergebnisse der Abschlussprüfungen, Spezialkenntnisse, staatliche und betriebliche Auszeichnungen, Beginn und Ende des Arbeits- und Versicherungsverhältnisses, Berufstätigkeit, Lohn- und Gehaltsgruppe, Urlaub, Lohnausgleich für nicht genommenen Urlaub, bezahlte und unbezahlte Überstunden, "Bummelzeiten", beitragspflichtiger Arbeitsverdienst, Anerkennung als Beschädigter, Krankheit, benutzte Polikliniken, Kuren, Höhe und Dauer des Krankengeldes, bewilligte Heil- und Hilfsmittel. Schliesslich soll der Ausweis auch Angaben über die Teilnahme an der sogenannten "staatspolitischen Schulung" enthalten.

Die Erfassung jeder Arbeitskraft vom Minister bis zur Reinmachefrau ist also total. Der staatlichen Bürokratie gibt der Ausweis ein ausgezeichnetes Mittel in die Hand, um den Beschluss des Zonenministeriums "Über die Ausbildung, die Aufgaben, den Einsatz, die Verteilung und Umverteilung landwirtschaftlicher Fachkader" durchzuführen. Arbeiter, die irgendeine landwirtschaftliche Ausbildung genossen haben oder einfach vom Lande stammen, inzwischen aber in der Stadt arbeiten, müssen damit rechnen, in die bankrotten LPG aufs Land kommandiert zu werden.

Diese Aktion hat bereits begonnen. Die ersten Facharbeiter, die einen Pflug oder einen Traktor führen können, wurden schon, wie das "Neue Deutschland" schrieb, "in wirtschaftsschwache Genossenschaften der Republik verabschiedet". Mit der Ausgabe des neuen Ausweises auch an Kinder, Rentner und Hausfrauen ist dieses Dokument ausserdem ein geeignetes Mittel, auch diese Kreise zur Arbeit zu zwingen. Seit Monaten wird auf Rentner jeden Alters ein steigender Druck ausgeübt, um sie zur Aufnahme "freiwilliger" Arbeit zu veranlassen. Mit zunehmender Härte wird eine seit Jahren existierende interne Direktive der Sozialversicherung angewandt, die die Nachuntersuchung aller Invaliden anordnete. Für diese "reale Untersuchung" wird als Richtlinie festgelegt, dass "keine Invalidität besteht", wenn der "noch verbleibende Teil der Arbeitskraft ... mehr als ein Drittel beträgt". Bei den Hausfrauen geht es Ulbricht neben den wenigen noch nicht in Betrieben tätigen Frauen vor allem um die Frauen der Mitglieder der LPG, die seit der Durchführung der Zwangskollektivierung als "Mithelfende Familienangehörige" für die Kolchosen einfach von der Bildfläche verschwunden sind. Schliesslich ist auch damit zu rechnen, dass selbst schulpflichtige Kinder Eintragungen ins Arbeitsbuch erhalten, nachdem einige Schulen im Rahmen des "polytechnischen Unterrichts" für ihre Schüler mit bestimmten Betrieben bereits Verträge abgeschlossen haben, in denen die Arbeitsnormen der Schüler, die Vergütung an die Schulen und die Prämien an die Schüler bei Übererfüllung der Normen genau festgelegt sind.

Ulbricht hat sich damit wieder einmal als gelehriger Schüler von Hitler und Goebbels erwiesen. Die Nazis haben das Arbeitsbuch eingeführt, um jede Arbeitskraft für den beabsichtigten Rüstungseinsatz kommandieren zu können. Als die Russen die Zone besetzten, wurde dieses Dokument der Arbeitssklaverei weiter benutzt, während es in der Bundesrepublik abgeschafft wurde. 17 Jahre nach Kriegsende hat Ulbricht jetzt diese Nazierfindung mit allem modernen Raffinement vervollkommen und damit nicht nur seine Geistesverwandtschaft mit den Nazis bewiesen, sondern auch durchblicken lassen, was von ihm bei einer weiteren Verschärfung des Durchschauens in seiner "Planwirtschaft" auf sozialem Gebiet noch zu erwarten ist.

Deutschland braucht Freunde in der Welt

Stärke und Schwäche der deutschen Auslandswerbung

Von Wolfgang Schwabe, MdB

Auf Anregung des hessischen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Schwabe besuchten sieben Mitglieder des Deutschen Bundestages die amtlichen Informationsstellen der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr in London, Brüssel und Kopenhagen.

Die Auslandswerbung für den Besuch der Bundesrepublik bedarf der Intensivierung. Parlament, Regierung und sogar der Bundesrechnungshof sind sich darüber einig. Über das wieviel, wann und woher sind die Auffassungen leider noch sehr verschieden. Sieben Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Mitglieder des Verkehrs- und des Haushaltsausschusses gingen dieser Frage "in Frontnähe" nach. Die neuerdings leicht abfallende Kurve des Ausländerbesuchs machte das Problem ebenso aktuell wie die zur Sache bevorstehenden Haushaltsberatungen. So schien ein rascher Entschluß, das Opfer einer Urlaubswochen und ein spürbarer persönlicher Beitrag zu den Reisekosten vortreibbar.

Die Deutsche Zentrale für Fremdenverkehr betreibt insgesamt vierzehn Vertretungen und drei Agenturen im europäischen und überseeischen Ausland. Auf Vorschlag und unter Leitung des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes Dr. Arno Staks wurden innerhalb einer Woche die Büros in London, Brüssel und Kopenhagen besucht. Bei aller Verschiedenheit der Länder, der Büros und der anfallenden Aufgaben trat überzeugend zutage, daß diese Informationsstellen mit ihrer sparsamen persönlichen und materiellen Ausstattung im wesentlichen damit ausgelastet sind, die ungezählten Anfragen möglichst fristgemäß und möglichst individuell zu beantworten. Publikumsbesuch, telefonische Auskunftsersuchen und ein täglicher Stapel schriftlicher Anfragen bilden das Arbeitspensum. Eine preiswerte Herzkur, eine Studienreise für Obstzüchter, immer wieder Heidelberg und Rothenburg, zwei Semester für den Sohn in Freiburg, Kartenwünsche für die Festspiele in Bayreuth und Oberammergau, für die Filmfestspiele in Berlin, ein Gesangsverein, der nicht nur reisen, sondern in Deutschland auch singen will; es gibt nichts, was nicht erfragt wird und auf jede Frage soll es nicht nur eine Antwort geben, sondern auch einen ausgearbeiteten Vorschlag, möglichst mit Variationen.

Hohes Erfolgsschancen gegeben

Indem wir diese Fragen beantworten, gleichen wir dem Kaufmann, der sich darauf beschränkt, die Kundschaft zu bedienen, die aus eigenem Antrieb in seinen Laden kommt. Wer aber könnte auf die zusätzliche Werbung verzichten? Neue Aufgaben, neue Ausgaben?

Eine sinnvolle Anhebung der persönlichen und materiellen Möglichkeiten unserer ausländischen Informationsbüros birgt offensichtlich

hohe Erfolgchancen. Die Einrichtungen als solche sind da. Über die überwiegend informatorische Erledigung der anfallenden Anfragen hinaus gilt es, verbend die vielfachen Möglichkeiten des jeweiligen Landes zu nutzen: Film- und Lichtbildervorträge, Reisevorschläge auch für die Büros, die seither noch keine Fahrten nach Deutschland ausschreiben, ständiger Kontakt mit der Presse des ganzen Landes, nicht nur mit den Zeitungen der Hauptstädte; Es gibt noch viele Möglichkeiten, die mit vergleichsweise geringen Mitteln erarbeitet werden können.

Die in allen drei Hauptstädten geführten Besprechungen mit den Spitzen der dortigen nationalen Fremdenverkehrsstellen zeitigten ein hohes Maß von Entgegenkommen; nicht nur aus branchenüblicher Kollegialität, sondern weil man weiß, daß Fremdenverkehr letztlich immer eine Art Geschäft auf Gegenseitigkeit bedeutet. Auch in den Gesprächen mit den diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik fanden wir uneingeschränkt die Hoffnung auf eine baldige Intensivierung der deutschen Fremdenverkehrswerbung im Ausland. Wer immer sich zu einer Deutschlandreise entschließt, darf als ein Botschafter des guten Willens betrachtet werden. Wir brauchen noch viel mehr als seither auf breiter Basis immer neue persönliche Kontakte; die wahre und dauerhafte Völkerverständigung lebt weniger aus den Betuerungen der Staatsmänner, sondern aus echter Freundschaft und Achtung von Mensch zu Mensch.

Keine Zeit mehr zu verlieren

Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Die allermeisten Reiseländer machen, auch das ergab der Augenschein in den besuchten europäischen Hauptstädten, enorme Anstrengungen. Sind in den kleineren Ländern, die gemessen an Deutschland ein vielfaches für die Auslandswerbung anlegen, tüchtige Regierungen, verschwenderische Parlamente ein Werk? Wir glauben es nicht. Wir wissen vielmehr, daß man gar zu lange den Ausländerbesuch an der Elle des Deviseneingangs gemessen, ja sogar wegen seiner dort dem Industrieexport gegenüber geringen Bedeutung nicht gebührend gewürdigt hat. Muß uns erst die steigende Propaganda der Selbstblockstaaten wachrufen? Mühen wir warten, bis Ulbricht seinen ersten Werbebüros weitere folgen läßt?

Oder sollen wir übermäßig viel Zeit verlieren mit dem Versuch, die Bundesländer mit Einzelspenden für diese bedeutsame Aufgabe des Bundes heranzuziehen? Mit wenigen Millionen Mark ist viel zu erreichen; die deutsche Auslandswerbung braucht diese Entwicklungshilfe je eher, umso besser.

Deutschland braucht Freunde in der Welt, heute mehr denn je!

Aufgabe für unsere Hochschulen

Von Dieter Bielenstein

Auch in 20 Jahren werden die 28 Universitäten Afrikas südlich der Sahara um 25 Prozent zu wenig Mediziner ausbilden, um den Kräftebedarf decken zu können. Dies geht aus einer Untersuchung der UNESCO hervor, die erstmals einen genauen Überblick über das höhere Bildungswesen in Afrika ermöglicht. Sie wird einer Konferenz über künftige Planung, Gründung und Finanzierung afrikanischer Hochschulen vom 3. bis 12. September in Tananarive/Madagaskar vorliegen, zu der die UNESCO 200 Regierungsvertreter und Experten aus 80 Staaten, unter ihnen zehn afrikanische Erziehungsminister, einlud.

Das Fazit dieser Untersuchung stimmt nicht optimistisch, zeigt es doch, vor welchen ungeheuren Aufgaben die Entwicklungsländer nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch im Erziehungswesen noch stehen. An 28 Universitäten Mittel-Afrikas zählt man heute bei einer Gesamtbevölkerung von rund 175,5 Millionen nur 14 760 Studenten, während weitere 11 236 Studenten sich an Hochschulen des Auslandes befinden. Von den 2 166 Hochschullehrern sind nur 594 afrikanischer Nationalität, 572 kommen aus dem Ausland, vorwiegend aus Großbritannien (702), Frankreich (257), Belgien (135) und den USA (107). Die Sowjet-Union entsandte nur einen Professor nach Nairobi, während aus der Bundesrepublik 13 Hochschullehrer in Afrika vor allem in Äthiopien und in Ghana, lehren. 22 Länder verfügen überhaupt noch nicht über eine eigene Hochschule oder Universität. Vorerst sind also die neuen Staaten Afrikas auf Ausbildungsplätze im Ausland und auf ausländische Lehrkräfte an den eigenen Bildungsstätten angewiesen.

Kun werden bereits seit einigen Jahren größte Anstrengungen gemacht, diese Situation zu ändern. Nigeria mit fünf und Ghana mit drei Universitäten, von denen einige erst im Gründungsstadium sind, haben einen großen Schritt vorwärts getan. In ganz Mittel-Afrika sollen die Studentenzahlen bis zum Jahre 1970 bereits auf 59 000 steigen und 1980 95 000 erreichen. Zugleich ist geplant, den Lehrkörper aller

Hochschulen auf 6 185 Hochschullehrer in zehn Jahren und auf 8 485 in zwanzig Jahren zu erhöhen. An 22 der genannten Hochschulen würde das einer Steigerung von rund 271 Prozent entsprechen. Ebenso soll aber das Hochschulwesen "afrikanisiert" werden. Für die zunächst an englischen, französischen und belgischen Vorbildern orientierten Universitätstypen werden allmählich selbständige Vorstellungen entwickelt. Schließlich will man die ausländischen Hochschullehrer durch afrikanische Lehrkräfte in den nächsten zwei Jahrzehnten weitgehend ersetzen.

Doch Schwierigkeiten stellen sich jetzt schon ein. Ein Teil der Hochschulen kann nicht voll genutzt werden, was zu starken Kostensteigerungen führt, da in einigen Ländern einerseits die Grundschulen, andererseits die Hochschulen bevorzugt gefördert wurden und es nun an höheren Schulen und an Bewerbern mit Hochschulreife für die Universitäten fehlt. Nun zeigt sich, wenn auch aus verständlichen Gründen, die Gefahr, den Ausbau des Bildungswesens auf Kosten der Qualität zu beschleunigen. So gehen einige Pläne davon aus, Nachwuchskräfte sogleich nach erfolgreichem Studienabschluss als Hochschullehrer zu berufen, was wohl nur im Ausnahmefall zu befriedigenden Ergebnissen führen wird.

Auf der UNESCO-Konferenz in Tananarive sollen die Entwicklungspläne für das höhere Bildungswesen in Afrika nun geprüft und aufeinander abgestimmt werden. Es bleibt kein Zweifel, daß auch auf diesem Gebiet für absehbare Zeit Hilfe durch die Industrieländer notwendig ist. Die Bundesrepublik wird auf der Konferenz durch ihren Botschafter in Madagaskar und durch den Generalsekretär der Bonner Vermittlungsstelle für deutsche Wissenschaftler im Ausland vertreten sein. Auch an unsere Hochschulen werden künftig größere Anforderungen herantreten, den Ausbau der Universitäten in Afrika zu fördern. Denn dabei kommt es nicht allein auf Finanzierungshilfen, sondern mehr auf Fachleute und fachlichen Rat an. Der Wissenschaftsrat, die Westdeutsche Rektorenkonferenz und der Deutsche Akademische Austauschdienst sollten trotz eigener Sorgen diese Aufgabe nicht übersehen.

Ein Kampf ohne Atempause

Von unserem Korrespondenten in Genf, Bruno Kuster

Seit grauen Vorzeiten liefern sich Mensch und Tuberkulose-Bazillus einen Kampf ohne Atempause. Zeitweilig gewann die Krankheit die Oberhand und raffte die weniger widerstandsfähigen Opfer hinweg. Die dadurch vollzogene Auslese trug dem Menschen einen Vorsprung ein, der seinerseits zur Entstehung einer zahlreicheren und wieder weniger widerstandsfähigen Bevölkerung führte. Und der Reigen konnte wieder von neuem beginnen. Erst zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts gelang den industrialisierten Ländern ein Einbruch in diesen scheinbar ewigen Kreislauf. Ein Einbruch ist aber noch kein Sieg, sondern bewirkt lediglich eine Verschiebung der Fronten und eine Veränderung der Kampfstrategie. Unter dem Schutz moderner Abwehr- und Heilmittel entsteht wiederum eine Bevölkerung, deren natürliche Widerstandskraft abnimmt. Auf der anderen Seite "geöhnt" sich gewissermaßen der Bazillus an die Impf- und Heilmittel, die dadurch an Wirksamkeit einbüßen. Der Kampf gegen die Tuberkulose muß deshalb auch heute trotz der Erfolge der Medizin ohne Atempause weitergeführt werden.

Solange die Herrschaft der Krankheit über zahlreiche Völker noch nicht gebrochen ist, stehen auch die Erfolge in den industrialisierten Ländern noch auf schwachen Füßen. Je weiter der Bazillus zurückgedrängt wird, desto unheilvoller wären die Folgen einer noch immer möglichen neuen "Offensive".

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation ist die Hälfte der Menschheit Träger von Tuberkulose-Bazillen, die bei einer Störung des gesundheitlichen Gleichgewichts durch innere oder äußere Ursachen physischer, geistiger oder sozialer Natur plötzlich aktiv werden können. Bei 15 Millionen Menschen vermehren sich die Bazillen in gesundheitsschädigender Weise und rufen jährlich drei Millionen neue Ansteckungen und ebensoviele Todesfälle hervor.

Obwohl die Tuberkulose kein Land, kein Volk und keine soziale Gruppe verschont, nimmt man an, daß vier Fünftel der ansteckenden Fälle in den ärmsten Ländern konzentriert sind. Auf 100 000 Einwohner kommen dort 3 000 Kranke gegenüber nur 30 in den wohlhabenden Ländern. Von den Kindern unter vierzehn Jahren reagieren dort 70 Prozent auf die Tuberkulinprobe positiv gegenüber nur zwei Prozent in den anderen.

Die Bemühungen der Weltgesundheitsorganisation sind in erster Linie darauf ausgerichtet, das Tempo der Ansteckung so rasch als möglich herabzusetzen. Es kann sich nicht darum handeln, eine kleine Zahl von Erkrankten unter großem Aufwand zu pflegen und dabei die große Mehrheit, durch welche die Krankheit immer wieder neu verbreitet wird, zu vernachlässigen. Impfung und medikamentöse Behandlung bezwecken nicht nur Vorbeugung und Heilung, sondern verhindern eine weitere Übertragung der Ansteckung. Die mit Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation in 58 Ländern durchgeführten Kampagnen erlaubten die Vornahme von 360 Millionen Tuberkulinproben und von 150 Millionen Impfungen an Personen, die noch nicht angesteckt waren. Jahrelange Versuche in Indien bestätigten die Wirksamkeit der medikamentösen Behandlung am Wohnort. 90 Prozent fortgeschrittener Erkrankungen können dank dieser Methode, die wesentlich billiger ist als ein langer Krankenhausaufenthalt, geheilt werden.